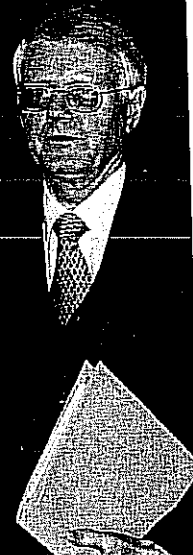
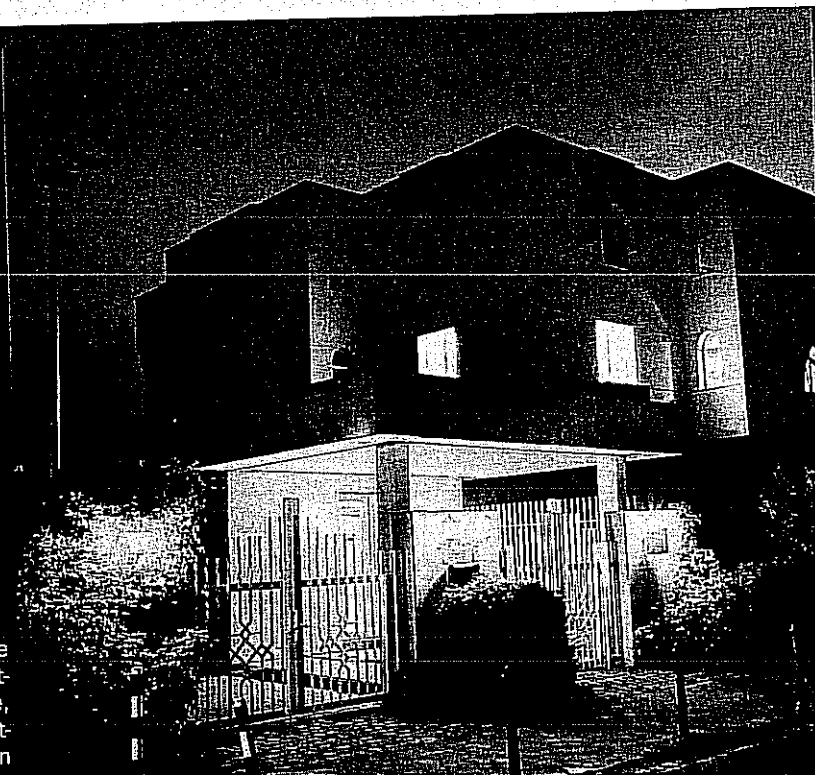


**BONNER ADRESSE**

Der verhaftete syrische Agentenführer trat offiziell als Referent der Botschaft auf

OBSERVIERT Die

Spionageabwehr registrierte Agenteneinsätze, die aus Syriens Botschaft gesteuert wurden

**ANKLÄGER**

Generalbundesanwalt Kay Nehm stieß bei seinen Ermittlungen auf politischen Widerstand

AFFÄRE

Einzelhaft und Prügel

Die Bundesregierung wollte eine politisch unbequeme Ermittlung gegen syrische Geheimdienstler blockieren

Die hohen Ministerialbeamten reagierten pikiert. „Ohne jegliche Sensibilität“, schimpfte einer von ihnen Ende Januar in der Morgenkonferenz des Auswärtigen Amts (AA), hätten Fahnder in Bonn eine peinliche Agentenjagd durchgezogen. Jetzt, so munkelte ein weiterer Regierungsmensch, stehe erheblicher außenpolitischer Ärger ins Haus.

Auslöser für die düsteren Prognosen der AA-Experten war die Festnahme von Ahmad I., Kulturreferent an der syrischen Botschaft in Bonn. Staatsschützer des Bundeskriminalamts (BKA) hatten dem 49-Jährigen am 25. Januar

2002 den Haftbefehl wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit (FOCUS 8/2002) präsentiert – ein im Diplomatenumfeld höchst ungewöhnlicher Vorgang. Normalerweise werden Botschaftsleute, die hierzulande beim Spionieren auffliegen, diskret ausgewiesen.

Ob der spektakuläre BKA-Zugriff die zwischenstaatlichen Beziehungen mittlerweile beeinträchtigt hat, ist derzeit nicht auszumachen. AA-Chef Joschka Fischer (Grüne) will jedenfalls keine Querelen: Im Oktober vergangenen Jahres, drei Wochen nach den verheerenden Flugzeug-Attentaten in den

USA, hatte er in Damaskus Syriens Rolle im nahöstlichen Friedensprozess und bei der Terrorismusabwehr gelobt.

Auch Mohamed Walid Hezbor, Syriens Botschafter in Bonn, nimmt von der heiklen Spionageaffäre offiziell keine Notiz. Eine schriftliche FOCUS-Anfrage ließ er unbeantwortet.

Spürbaren Knatsch gab's stattdessen auf ganz anderer Ebene.

Die Bundesregierung plante nach zuverlässigen FOCUS-Informationen einen Zwangsstopp der außenpolitisch unbequemen Ermittlungen. Das stärkste Druckmittel gegen die sich quer stellende Karlsruher Bundesanwaltschaft sollte dabei Paragraph 153 d der Strafprozessordnung sein: Um die „Gefahr eines schweren Nachteils“ für die Bundesrepublik Deutschland abzuwenden, so die Regelung, kann Generalbundesanwalt Kay Nehm zur Einstellung des Verfahrens gezwungen werden.

Diese Notbremse wird äußerst selten gezogen – wenn's eben geht, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. 1995 drängte etwa die damalige Kohl- ▶

GEFÄHRDETER KONTAKT

Außenminister Joschka Fischer besuchte im Oktober 2001 Syriens Präsident Baschar el Assad. Sie vereinbarten gemeinsame Anti-Terror-Maßnahmen



Fotos: P. Albaum/Joker, T. Klitsch/Beide Focus-Magazin, dpa

FOCUS 20/2002

EXPERTENURTEIL

Justiz-Staatssekretär Hansjörg Geiger informierte sich über die Ermittlung. Er befand schließlich: Ein Prozess ist unabwendbar



ZIELOBJEKT

An der Universität in Mainz bespitzelte Syriens Geheimdienst mehrere regimekritische Studenten. In ihrer Heimat droht ihnen Gefängnis

Regierung Kay Nehm dazu, das Verfahren gegen den bereits verhafteten Stasi-Residenten Roy Markus einzustellen. Der gebürtige Südafrikaner, Führungsoffizier seiner bei der Konrad-Adenauer-Stiftung spionierenden Ehefrau Annahild, war ein enger Vertrauter des damaligen südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela. Ihn wollte man nicht verärgern – schon Monate vor Mandelas Staatsbesuch im Mai 1996 in Deutschland kam Roy Markus frei. Das Verfahren gegen die langjährige DDR-Spionin Annahild Markus wurde von heute auf morgen auf Grund „geringer Schuld“ eingestellt (FOCUS 51/1996).

Der Fall des mutmaßlichen syrischen Agenten Ahmad I. wiegt da wohl schwerer. Der Delinquent, verheiratet mit einer Deutschen, soll nicht nur Oppositionelle ausgespäht und Spitzel in Dissidentenkreisen angeworben haben. Nach jüngsten Erkenntnissen wird er mit übelsten Geheimdienst-Methoden, die bis hin zu Verhaftung und Folter reichen, in Verbindung gebracht.

Als Deutschlands oberster Strafverfolger Kay Nehm vor Wochen deutliche Signale erhielt, die beabsichtigte Anklage gegen Ahmad I. aus übergeordnetem staatlichem Interesse doch biteschön fallen zu lassen, rückte die Behörde fest zusammen. Die Einladung, die so heikle Spionageaffäre mal in aller Ruhe in Berlin zu besprechen, nahmen die Karlsruher gern an. Sie hatten nach ihrer Ansicht genügend Belastungsmaterial: Zeugenaussagen, BKA-Observationsberichte, Abhörpro-

tokolle des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Zwei Bundesanwälte eilten kurz vor Ostern zum Regierungssitz: Hans-Joachim Kurth, Abteilungsleiter Spionagedelikte, und Bruno Jost, zuständig für die aktuelle Ermittlung. Jost ist vor allem bei den Leisetretern im Auswärtigen Amt gefürchtet, nachdem er 1997 im Prozess um einen vierfachen Dissidentenmord im Berliner Lokal „Mykonos“ die iranische Staatsspitze als Auftraggeber der Killer angeprangert hatte.

Im Bundeskanzleramt und im Justizministerium gewährten Nehms Emissäre einen exklusiven Blick in die dicke Ermittlungsakte. Schröders Spezialisten erfuhren, dass Ahmad I. offenbar schon seit 1995 aus der sicheren Botschaft heraus verbotene Überwachungsaktionen gegen syrische Regimegegner in Deutschland steuerte. Unterstützt wurde er dabei von dem bereits im Dezember 2001 verhafteten 43-jährigen Politikstudenten Ahmad al-Y., der in seinem Auftrag an der Universität in Mainz sowie in Bonn, Marburg und Hildesheim Dissidenten bespitzelte.

Es blieb nicht allein bei den Spähaktionen. Ahmad I.s illegaler Job bestand maßgeblich darin, neue Spione für Syriens Auslandsgeheimdienst anzuwerben – auch unter Druck. Mehrere Kandidaten wurden mit der Drohung eingeschüchtert, ihren Verwandten in Syrien könne doch leicht etwas zustoßen. Mit diesen Brutalo-Methoden zwang Ahmad I. wohl mehrere Zielper-

sonen zu einem Pakt mit Syriens gefürchtetem Spionagedienst.

Die Leute im Kanzleramt dürften gestaunt haben, als Kurth und Jost ihre Trumpfkarten zogen. Vier von Ahmad I. in Deutschland ausgespähte Regimegegner, so die Ermittlungen, wurden gleich nach der Einreise in Syrien verhaftet.

Der schlimmste Fall: Geheimpolizisten bugsiierten am Flughafen einen von Ahmad I. denunzierten Dissidenten ins Auto, zogen dem Mann eine Augenbinde über und brachten ihn zu einem Verhör. Nach sechstägiger Einzelhaft, zwischendurch gab's immer wieder Schläge, verpflichtete sich der Student zu einer Zusammenarbeit mit Syriens Schergen.

Zeugenberichte wie diese hinterließen in Berlin einen tiefen Eindruck. Eingeweihte Experten wie Justiz-Staatssekretär Hansjörg Geiger kamen schließlich zu der Überzeugung, dass ein Prozess gegen den Agentenführer Ahmad I. wohl unabwendbar ist – trotz aller möglichen außenpolitischen Dissonanzen.

Oberstaatsanwältin Frauke-Katrin Scheuten, Sprecherin der Bundesanwaltschaft, bestätigte vergangenen Freitag auf FOCUS-Anfrage, dass die Anklage gegen Ahmad I. und Ahmad al-Y. mittlerweile beim Koblenzer Oberlandesgericht eingereicht ist.

„Rein sportlich gesehen“, scherzt ein Insider, „geht damit die erste Runde klar an Kay Nehm.“

J. HUFELSCHULTE/C. THALMANN

BRUTALE HAFT

Verbotene Aufnahme eines Gefängnisses in Syrien. Informationen aus Deutschland bescherten vier Dissidenten Einzelhaft



EINGEKERKERT

Allein hinter Gitterstäben. Die Haftbedingungen in den syrischen Staatsgefängnissen gelten als unmenschlich

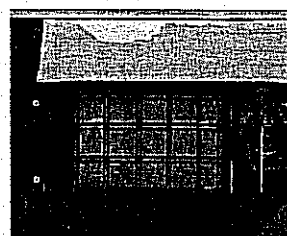


Foto: F. Ossenbrink, action press, Winckler/Sipa Press

In den Bundesländern Bayern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Hamburg ist das Risiko offenbar besonders hoch, in der Alterspflege schlecht betreut zu werden. Auch in vielen Hospizen fallen Mängel auf. So müssen Patienten hangern oder erstarben nicht genügend zu trinken, sie bekommen Beihilfungs-

mittel ohne Verschreibung, ihre Druckgegendes blutet unkontrolliert.

Der Medizinische Dienst der Spitzenverbände der Krankenkassen hat seit 1997 etwa 11.000 ambulante und stationäre Einrichtungen überprüft und die Ergebnisse dem Bundesversicherungsgericht in der Verhandlung über das Alterspflegegesetz

vorgelegt. In Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern gilt die Betreuung als überaus gut, „mit Einschränkungen“ auch in Nordrhein-Westfalen.

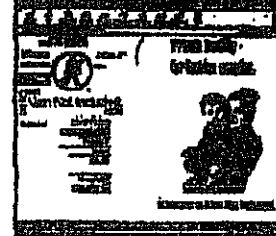


Abgeschwächte Kräfte müssen die Pflege in vielen Ländern

Sperma per Post

Frauen können ab Juli die Web-Seite marnotheluded.com nach einem Spender durchstöbern und dessen Spermie online bestellen. Bei erfolgreicher Zeugung „per Selbstbehandlung zu Hause“ kostet die Vermittlung 740 Euro. John Gonzalez, Gründer der britischen Plattform, garantiert gesundheitlich unbedenkliche Ware sowie Anonymität beider Parteien.

Auf Abruf liefert der Amerikaner seinen Samen bei einer Klinik ab, die die Probe reinigt und auf Krankheitskeime untersucht. Das fruchtbare Fruchtkorn kommt eingekühlt per Post zur Empfängerin. Sollte Gonzalez auch nach Deutschland liefern, „entsteht eine rechtliche Grauzone“, warnt der Liberier Reproduktionsmediziner Ricardo Falberbaum. Hierzulande müssen lesbische Paare eine eheähnliche Gemeinschaft nachweisen, um Ejakulat aus einer Samenbank bestellen zu dürfen.



Papa unbekannt: Lesbischen Paaren besorgt das Internet Nachwuchs ohne Sex

GEHEIMDIENSTE

Top-Zeuge in Haft

Generalbundesanwalt Kay Nehm muss im bevorstehenden Spionageprozess gegen zwei syrische Agenten auf einen seiner wichtigsten Zeugen verzichten. Der im Rheinland lebende Adib H., der dem Koblenzer Obergericht brutale Anwerbe- und Einschüchterungsmethoden syrischer

Geheimdienstler in Deutschland schildern sollte, ist kürzlich bei einem Heimatbesuch in Syrien festgenommen worden.

Die diplomatischen Beziehungen beider Länder könnte der Fall belasten: Obwohl Nehms Zeuge Adib H. die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, blieb ihm bislang die konsularische Betreuung durch die deutsche Botschaft in Damaskus verweigert.

H. sollte im Prozess gegen den verhafteten Kulturreferenten der syrischen Botschaft in Bonn, Ahmad I., anzeigen. Ahmad I. und ein Kumpel sollen Dissidenten ausgespült sowie zu Spitzeldiensten erpresst haben. Die Bundesregierung hatte zeitweise erwogen, die Ermittlungen zu stoppen. Berlin befürchtete außenpolitischen Schaden (FOCUS 20/02).

Mit Adib H. hält Damaskus jetzt schon den zweiten Deutsch-Syrier fest. Mohammed Zammar aus Hamburg, ein Vertrauter des Terrorpiloten Mohamed Atta, wird seit Monaten verhört. Deutsche Behörden erfuhr bislang kein einziges Vernehmungsdetail.



Überwacht: Syrische Botschaft in Bonn – Zentrum der Agenten?

